



# Interviews

**Datum: 14.03.2023**

## **Tobias Armbrüster im Gespräch mit Dennis Radtke**

**Tobias Armbrüster:** Einer, der da heute Mittag mit abstimmen wird, ist der CDU-Europaabgeordnete Dennis Radtke. Er ist in seiner Fraktion Koordinator im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und ist jetzt hier bei uns im Deutschlandfunk am Telefon. – Schönen guten Morgen, Herr Radtke!

**Dennis Radtke:** Ja, schönen guten Morgen! – Glück auf!

**Armbrüster:** Herr Radtke, Häuser in der gesamten Europäischen Union energieeffizient machen, das klingt doch erst mal nach einem sehr guten Vorschlag, oder?

**Radtke:** Das klingt erst mal nach einem guten Vorschlag und natürlich bestreitet auch niemand oder sollte niemand die Notwendigkeit bestreiten. Klar, energetische Gebäudesanierung ist bei der Frage Bekämpfung des Klimawandels ein wichtiger Punkt. Letztlich gibt es aber ein paar Dinge, ein paar Punkte, bei denen ich sage, man darf diese Maßnahmen nicht isoliert betrachten, und wir müssen insgesamt auch realistisch bleiben, nicht nur was die Ziele angeht, sondern vor allen Dingen, was den Weg, was den Pfad dorthin angeht. Und die Frage der Finanzierung, was bedeutet das eigentlich für den kleinen Hausbesitzer, ist für mich eine ganz zentrale, und die Zahlen, die dort auf dem Tisch liegen, sind aus meiner Sicht dramatisch.

**Armbrüster:** Was sagen denn Ihre Berechnungen? Was sagt Ihre Analyse? Was wird das für den, Sie sagen, kleinen Hausbesitzer, die kleine Hausbesitzerin bedeuten?

**Radtke:** Na ja. Ich meine, zunächst mal kann man die Analyse der EU-Kommission bemühen. Die hat im Jahr 2020, also noch vor Krieg, Inflation, Kostenexplosion auf dem Bau berechnet, dass 275 Milliarden Euro pro Jahr europaweit notwendig sein würden, um diese selbstgesteckten Ziele zu erreichen. Und die Arbeitsgemeinschaft Wohnungsbau hat beispielsweise ausgerechnet, dass je nachdem, über welche Energieeffizienzklasse wir reden, was notwendig ist an Verbesserungen, wir von Kosten pro Quadratmeter von 1053 Euro bis 1720 Euro sprechen. Das heißt auf gut Deutsch: Für ein Wohnhaus mit 140 Quadratmetern,

was jetzt nicht überdimensioniert ist, reden wir von Kosten von 194.500 Euro bis 324.400 Euro, und ich finde, das sind schon ganz gewaltige Summen, die da den Bürgerinnen und Bürgern aufgedrückt werden sollen. Und ich meine, am Ende muss man ja auch mal die Gesamtschau vornehmen. Das heißt, bei dem gesamten Green Deal reden wir von 13 Gesetzgebungspaketen. Wir haben das Thema Zinsen, wir haben das Thema Inflation, wir reden hier über neue Kapitalmarktanforderungen für Banken. Das heißt die Frage, wie werden zukünftig Immobilienkredite vergeben. Das wird in den nächsten Wochen ja auch noch mal Thema. Und die Frage Bezahlbarkeit von Wohnen und Bauen ist speziell mit Blick auf Deutschland in den letzten Monaten häufig politisch diskutiert worden, aber diese Entscheidung trägt nun wirklich nicht dazu bei, dass Bauen und Wohnen nicht billiger, sondern perspektivisch noch viel, viel teurer wird.

**Armbrüster:** Es wäre jetzt allerdings nicht das erste Mal, dass die Europäische Union ihren Bürgerinnen und Bürgern mit Milliarden-Förderungen unter die Arme greift, auch wenn es um Hunderte von Milliarden geht. Sie haben den Betrag gerade genannt: 275 Milliarden Euro, wenn das die Summe sein sollte. Es wäre ja nicht das erste Mal, dass die Europäische Union solche Gelder auszahlt.

**Radtke:** Na ja. Aber es ist ein Aberglaube zu meinen, die Europäische Kommission bringt das auf den Weg und wird am Ende für den Häuslebauer oder den Häuslebesitzer diese Kosten eins zu eins übernehmen. Das wird nicht der Fall sein. Ich komme aus Nordrhein-Westfalen. Bei uns in der Landesverfassung gibt es ein Prinzip der Konnexität. Das heißt, wer bestellt, der bezahlt. Davon sind wir bei dem Vorschlag, der hier auf dem Tisch liegt, weit entfernt.

Ein weiterer Aspekt, der bei den ambitionierten Zielen keine Rolle spielt, ist die Frage, wer soll das alles einbauen. Wir haben in Deutschland Fachkräftemangel. Die Situation mit Blick aufs Handwerk ist katastrophal. Das heißt, das eine ist die Frage der Finanzierung und das andere ist die Frage, wer soll es eigentlich in der Praxis machen. Über all diese Dinge wird nicht diskutiert.

Und wissen Sie, was mich bei den Debatten über dieses Thema stört ist, dass wir teilweise mittlerweile weltentrückt sind von den Dingen. Ich habe auch die anderen Maßnahmen angesprochen, die wir hier diskutieren und die wir hier entscheiden. Ich habe kürzlich gesprochen zum Thema Verbrennerverbot und habe hingewiesen auf Arbeitsplätze und auf Bezahlbarkeit von Mobilität. Und Herr Timmermans, der auch hier der federführende Kommissar ist, hat mich ausgelacht. Ich finde, unter Demokraten kann man unterschiedlicher Auffassung sein, aber wenn Sie sich für Normalverdiener, für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, für Familien einsetzen und auf Probleme hinweisen, dass Sie dann an einigen Stellen nur noch ausgelacht werden oder als Klimaleugner beschimpft werden, das tut dem demokratischen Diskurs nicht gut, und ich glaube, bei diesen Maßnahmen, wenn wir über Klimaschutz reden, über die ehrgeizigen Ziele, die wir hier haben, dann geht es am Ende auch

um breite Akzeptanz in der Bevölkerung, und ich habe Zweifel, dass wir die auf diesem Wege erreichen werden.

**Armbrüster:** Herr Radtke, wenn Sie jetzt sagen, dass Ihre Kollegen im Parlament oder viele Ihrer Kollegen da den Bezug zur Realität verloren haben, was könnten denn die Gründe dafür sein?

**Radtke:** Über die Weltentrücktheit von einigen Teilen der Politik zu philosophieren, das ist gar nicht meine Aufgabe. Aber wissen Sie, wenn Sie sich selbst als EU-Kommissar oder als Europaabgeordnete mit ihrem Einkommen zum Benchmark der Bevölkerung erklären, dann haben Sie ein Problem, und dann kommen diese Dinge raus, die jetzt auf dem Tisch liegen.

Die Richtlinie hat ja noch andere Tücken. Wenn wir uns beispielsweise das Thema Nicht-Wohngebäude ansehen: Nicht-Wohngebäude werden in diesem Richtlinienvorschlag alle gleichbehandelt. Das heißt, eine Lagerhalle für Autoreifen wird hier genauso einklassifiziert wie ein Krankenhaus oder wie ein Pflegeheim. Das macht natürlich keinen Sinn.

Wenn man sich das Thema Ladeinfrastruktur ansieht: Es ist für mich kaum zu erklären, warum die Kosten für den Aufbau einer E-Ladeinfrastruktur in Deutschland jetzt zu weiten Teilen an den deutschen Einzelhandel abgewälzt werden sollen. Ich finde, wenn Sie politisch E-Mobilität wollen und Sie wollen das fördern, dann kann man die Kosten nicht einseitig bei den Einzelhändlern in Deutschland abwälzen.

Es sind so viele Unwuchten in diesem Richtlinienvorschlag, dass der für mich einfach nicht zustimmungsfähig ist.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*